



Reem Alabali-Radovan
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin beim Bundeskanzler

Hitzeaktionstag am 5. Juni 2024:

Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort stärken

Berlin, 05.06.2024

Reem Alabali-Radovan, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77667
reem.alabali-radovan@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwerin
Friedrichstraße 8
19055 Schwerin
Tel.: 0176 82450374
reem.alabali-
radovan.ma02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Neustadt-Glewe
Breitscheidstr. 19
19306 Neustadt-Glewe
E-Mail: reem.alabali-
radovan.ma04@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hagenow
Bergstraße 10
19230 Hagenow
E-Mail: reem.alabali-
radovan.ma04@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gadebusch
Wollbrügger Str. 8
19205 Gadebusch
E-Mail: reem.alabali-
radovan.ma06@bundestag.de

Der Klimawandel stellt nicht nur auf globaler Ebene eine immense Herausforderung dar, sondern muss ebenso auf lokaler Ebene angegangen werden. Auch Schwerin und die Region Westmecklenburg müssen sich an die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels anpassen, um Gesundheit und Wohlergehen der Bevölkerung zu sichern. Dazu gehört gleichzeitig auch Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Das betont die Bundestagsabgeordnete Reem Alabali-Radovan für Schwerin und Westmecklenburg, SPD. Ob Hitze, Dürre, Überflutungen, die wir leider schon wieder in Hochwassergebieten in Deutschland erfahren, oder Waldbrände – es vergeht kein Tag, an dem wir nicht mit Nachrichten über Ereignisse konfrontiert sind, die durch die Klimakrise verursacht oder verstärkt worden sind.

Dazu Reem Alabali-Radovan: „Der bundesweite Hitzeaktionstag am 5. Juni 2024 setzt ein starkes Zeichen für das lokale Engagement im Kampf gegen den Klimawandel und für besseren Schutz vor klimabedingten Gesundheitsfolgen. Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür. Unsere Städte und Gemeinden müssen widerstands- und anpassungsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels werden. Enorme Hitzeperioden haben direkt und indirekt gravierende Folgen für die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Bevölkerung. Seien es Hitzeschläge, Herzkreislaufbelastungen, Dehydrierungsgefahren, neue und länger andauernde Allergien durch längere Pollenflugzeiten oder gar eine hitzesensible städtische Bebauungs- und Grünflächendichte, landwirtschaftliche Nahrungsmittel-erzeugung oder kommunale Wasseraufbereitung – die betroffenen Bereiche sind vielfältig. Kommunen sind besonders herausgefordert, und können gleichzeitig durch nachhaltige Maßnahmen und Projekte einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten.“



Die Bundesregierung hat Klimaschutz und Klimaanpassung zu zentralen Elementen ihrer Politik erklärt und unterstützt und fördert Projekte in ganz Deutschland. Dazu gehören unter anderem finanzielle Förderungen für die Anpflanzung von Bäumen und die Energieeffizienzsteigerung in öffentlichen Gebäuden, die Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel und spezielle Maßnahmen zum Schutz von wohnungslosen Menschen, die besonders stark von Hitze betroffen sind. „Mit 200 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen in der 2023 gestarteten Förderrunde und 100 Millionen Euro für urbane Räume unterstützt der Bund die ökologische Transformation in unseren Kommunen“, erläutert die Abgeordnete.

Der neue Hitzeschutzplan des Bundesgesundheitsministeriums enthält gute Hinweise für Kommunen und auch die Website www.hitzeservice.de bietet Kommunen wertvolle Hinweise für wirksame Maßnahmen.

„Mit dem Bundes-Klimaanpassungsgesetz wird außerdem erstmals ein strategischer Rahmen für eine vorsorgende Klimaanpassung auf allen Verwaltungsebenen in Deutschland geschaffen. Der Bund fördert die Kommunen in ihren Klimaanpassungsstrategien. Jede Kommune, die ihren Beitrag leistet, bringt uns einen Schritt näher an unser Ziel, die Bevölkerung vor Klimafolgen zu schützen und eine klimaneutrale Gesellschaft zu werden“, so Alabali-Radovan.